

Rechtsgrundlagen
Für diesen Bebauungsplan gelten:
- das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976, geändert durch Artikel 9 Nr. 1 der Vereinfachungs-Novelle vom 3. Dezember 1978 und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionen im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979.
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzVO) in der Fassung vom 15. September 1977.

Planzeichenerklärung
Art der baulichen Nutzung

<td>Allgemeines Wohngebiet</td>	Allgemeines Wohngebiet
<td>Besonderes Wohngebiet</td>	Besonderes Wohngebiet
<td>Besonderes Wohngebiet</td>	Besonderes Wohngebiet
<td>Besonderes Wohngebiet</td>	Besonderes Wohngebiet

Maß der baulichen Nutzung

<td>Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze</td>	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
<td>Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze</td>	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

<td>geschlossene Bauweise</td>	geschlossene Bauweise
<td>Baulinie</td>	Baulinie
<td>Baulinie</td>	Baulinie
<td>Baulinie</td>	Baulinie
<td>Baulinie</td>	Baulinie

Verkehrsflächen

<td>Einfahrt</td>	Einfahrt
<td>Einfahrtbereich</td>	Einfahrtbereich
<td>Bereich ohne Ein- und Ausfahrt</td>	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

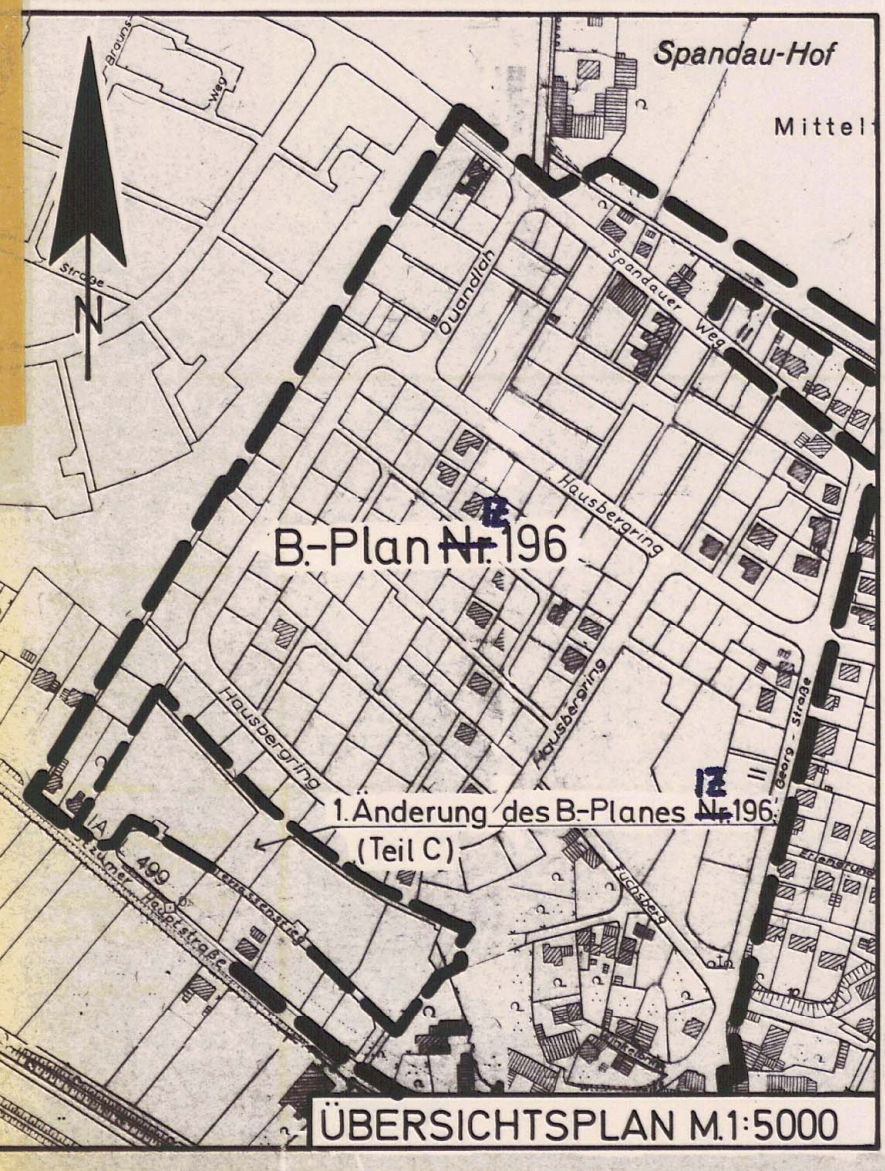
Grünflächen

<td>Parkanlage</td>	Parkanlage
<td>Sportplatz</td>	Sportplatz
<td>Sportplatz</td>	Sportplatz

Sonstige Planzeichen

<td>Umgrenzung von Flächen für Erhöhen von Gebäuden und öffentlichen Grünflächen</td>	Umgrenzung von Flächen für Erhöhen von Gebäuden und öffentlichen Grünflächen
<td>Umgrenzung von Flächen für Erhöhen von Gebäuden und öffentlichen Grünflächen</td>	Umgrenzung von Flächen für Erhöhen von Gebäuden und öffentlichen Grünflächen
<td>Umgrenzung von Flächen für Erhöhen von Gebäuden und öffentlichen Grünflächen</td>	Umgrenzung von Flächen für Erhöhen von Gebäuden und öffentlichen Grünflächen

Textliche Festsetzungen
Die Gebäudehöhe ist vom höchsten Punkt des an das Gebäude anschließenden Geländes bis zum höchsten Punkt des Gebäudes zu messen; diese Höhe darf 6.00 m nicht überschreiten.



<p>Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 20.01.1986). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.</p> <p>Hildesheim, den 17.02.1986 Stadtvermessungsamt</p>	<p>Für die Aufstellung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den 17.02.1986</p> <p>Stadtplanungsamt</p>	<p>Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BBauG (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 21.4.1986 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 21.06.1986 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Beteiligung wurde am 21.06.1986 durchgeführt. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung. Bürgerversammlung am 25.06.1986.</p> <p>Hildesheim, den 26.06.1986</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Sitzung am 21.04.1986 zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 2 a (6) BBauG beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den 22.04.1986</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 a (6) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Zeit vom 07.01.1987 bis 06.02.1987 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Die Auslegung ist am 29.12.1986 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 09.02.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p>
<p>Der Entwurf zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 2 a (6) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 30.03.1987 als Satzungsbeschluss, die Änderung zugestimmt und die erneute öffentl. Auslegung beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den 31.03.1987</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 30.03.1987 als Satzungsbeschluss, die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz beigelegt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den 31.03.1987</p> <p>Oberbürgermeister Oberstadtdirektor</p>	<p>Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 1 BauGB am 04.01.1988 angezeigt worden. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht.</p> <p>Hannover, den 23.03.1988</p> <p>Bezirksregierung Hannover Im Auftrage</p> <p>gez. Hagen</p>	<p>Die Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BauGB am 20.04.1988 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 20.04.1988 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>Hildesheim, den 20.04.1988</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p>	<p>Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 16.10.1990</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p> <p>Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 20.04.1995</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage</p>

STADT HILDESHEIM

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 196
IZ
Für das Gebiet zwischen Fuchsberg und Terrassenstieg

Maßstab 1:500 / Teil C